



Pressemitteilung

20.02.2025

Kurz vor der Wahl - Der migrationspolitische Diskurs und die Einwanderungsgesellschaft

In den öffentlichen und medialen Debatten erleben wir derzeit einen negativ konnotierten migrationspolitischen Diskurs, der sich vor allem auf Flucht und Asyl beschränkt. Migrantische, binationale Familien, die in Deutschland leben, viele von ihnen seit Jahrzehnten, beobachten dies mit großer Sorge.

Sie fragen sich: Gibt es noch den gesellschaftspolitischen Konsens, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist? Werden wir, immerhin fast 25% der Bevölkerung, noch mitgedacht? Mit den entsprechenden Politiken für eine freie, gerechte und partizipative Gesellschaft?

Ein Blick in die Wahlprogramme zeigt, dass die Haltungen ganz unterschiedlich sind. Während Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und die SPD von Deutschland als Einwanderungsgesellschaft bzw. Einwanderungsland sprechen, tauchen diese Begriffe in den Programmen von CDU/CSU und FDP gar nicht mehr in dem Verständnis einer Einwanderungsgesellschaft auf. Einwanderung wird hier nur hinsichtlich der Einwanderung von Fachkräften betrachtet, bzw. hinsichtlich der Schließung von Grenzen und der Zurückweisung von Geflüchteten oder der Aussetzung des Familiennachzugs. Migration wird damit wieder ausschließlich unter sicherheits- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten verhandelt und in der medialen Debatte als Problem dargestellt.

Welche Konsequenzen hat diese Problematisierung bezüglich der Schnittstellen von Migrations-, Familien-, Bildungs- und Antidiskriminierungspolitik? Was wird nach der Bundestagswahl, je nach Koalition, noch möglich sein und was nicht? Wie groß werden die Rückschritte für Familien sein, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen?

Der Familiennachzug im partnerschaftlichen Kontext oder der Sprachnachweis vor der Einreise wird in den Programmen nicht weiter thematisiert. Mehrsprachigkeit erachten Bündnis/90 Die Grünen, Die Linke und SPD als wichtig, bei CDU/CSU und FDP taucht dieser Begriff gar nicht erst auf. Sprache wird hier allein im Kontext des Spracherwerbs des Deutschen erwähnt. Diskriminierungs- oder rassismuskritische Bildung sind bei Bündnis/90 Die Grünen, Die Linke und SPD ein Thema, bei CDU/CSU und FDP nicht. Bei Letzteren noch nicht einmal der Begriff Rassismus, auch findet sich nichts zu den Beauftragten für Antidiskriminierung oder Rassismus, nichts zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

Was können binationale und migrantische Familien von einer neuen Bundesregierung erwarten?

Umso wichtiger ist es, wählen zu gehen. Auch für die, die nicht wählen dürfen: Für Demokratie, Vielfalt, gerechte Partizipation und Solidarität.